Die Süddeutsche Zeitung berichtete am Mittwoch unter der Überschrift „Schweiz: Aufstand gegen die Gier“, ein Schweizer Kleinunternehmer habe ein Volksbegehren mit dem Ziel gestartet, die immer stärker steigenden Vorstandsvergütungen und Abfindungen zu reglementieren. Erste Erfolge zeichnen sich ab. Ich finde das beachtlich, aber im Interesse jener Unternehmen, die nicht im Glanz großer Konzerne stehen, würde ich einen breiteren Vorstoß für wünschenswert halten. Albrecht Müller.

Die kleineren Unternehmen sind nicht nur dadurch benachteiligt, dass die großen Unternehmensbosse üppige Abfindungen, Gehälter und Boni kassieren. Die gesamte auf den Binnenmarkt hin orientierte Wirtschaft – also der Einzelhandel, die kleineren Gewerbe- und Industriebetriebe, das Handwerk, die Gastronomie – wird von der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Linie immer wieder neu belastet und missachtet. Sie sind neben den Verbrauchern die Zahler der erhöhten Mehrwertsteuer, die Exportwirtschaft muss diese Erhöhung wie die Mehrwertsteuer insgesamt nicht bezahlen; sie sind zu aller erst die Opfer einer Vernachlässigung der Binnennachfrage – deutlich sichtbar und in den NachDenkSeiten schon häufig dargestellt an Hand des Rückgangs der realen Einzelhandelsumsätze.

Die großen Unternehmen und dabei wiederum insbesondere bestimmte Branchen wie die Finanzindustrie, die Energiewirtschaft und die Pharmaindustrie sind privilegiert, weil sie es leichter haben, ihnen genehme politische Entscheidungen durchzusetzen. Sie haben die notwendigen Beziehungen und wegen ihrer Größe auch die Mittel für umfangreiche Publicrelations Aktionen, die notwendig sind, um eine intensive Lobbyarbeit zu betreiben und zu begleiten. Den kleineren Unternehmen in Deutschland würde ein großes Vorhaben wie die Zerstörung des Vertrauens in die gesetzliche Rente und die gleichzeitige Subvention von Riester- und Rürup-Rente nicht gelingen. Die gut ausgestattete Finanzindustrie hat die nötigen Milliarden und das nötige Durchhaltevermögen, um eine solche langfristig angelegte Strategie der Meinungsbeeinflussung und daraus folgender politischen Entscheidungen zu ihren Gunsten anzusetzen und durchzuhalten.

Aus diesen Gründen ist eine Aktion gegen die Gier der Manager zwar hilfreich und im Effekt in der Schweiz hoffentlich nützlich, aber sie reicht nicht aus. Der Aufstand gegen die Herrschenden müsste gerade beim gewerblichen Mittelstand breiter angelegt sein.